



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 04.09.2018**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ausschussvorsitzende
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 18:03 Uhr
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 17:03 Uhr
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 17:04 Uhr
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 18:03 Uhr
Torsten Schiedung	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Annika Seidel-Jähniß	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Timon Furchert	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 18:45 Uhr
Ralf-Jürgen Kneißl	Sachkundiger Einwohner
Sven Pringal	Sachkundiger Einwohner
Daniel Rumpold	Sachkundiger Einwohner
André Scherer	Sachkundiger Einwohner
Thomas Senger	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme ab 17:04 Uhr
Andreas Slowig	Sachkundiger Einwohner
Cathleen Stahs	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung:

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Dr. Christine Radig	stellv. Fachbereichsleiterin Bildung
Uwe Weiske	
Jenny Falke	stellv. Protokollführerin

Gäste:

Frau Neumann-	Schulfachliche Referentin Gemeinschaftsschule Kastanienallee
Frau Worm	amt. Schulleiterin Gemeinschaftsschule Kastanienallee
Frau Lucka	Vorsitzende des Personalrates Gemeinschaftsschule Kastanienallee

Entschuldigt fehlten:

Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Prof. Dorothea Vent	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Hendrik Kreowsky	Sachkundiger Einwohner
Bertolt Marquardt	Sachkundiger Einwohner

zu **Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Einwohnerfragen vor und **Frau Ranft** beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Frau Ranft eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Brederlow regte an, den TOP 5.2 zuerst im Ausschuss für Ordnungs- und Umweltangelegenheiten zu besprechen.

Die Fraktion MitBürger für Halle NEUES Forum vertagten den Antrag. **TOP 5.2 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur modellhaften Einrichtung von „Hol-und Bringzonen“ an Schulen, Vorlage: VI/2018/04082**

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Ranft** bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

- . Aktuelle Stunde "Situation an der Gemeinschaftsschule Kastanienallee"
3. Bestätigung der Niederschrift vom 05.06.2018
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der SPD-Fraktion zur Schaffung eines Inklusionsbudgets für Schulen und Kindertagesstätten
Vorlage: VI/2018/04067
- 5.2. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur modellhaften Einrichtung von „Hol-und Bringzonen“ an Schulen
Vorlage: VI/2018/04082 **vertagt**
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen

- 7.1. Information zur IKT-Förderung
- 7.2. Vergabebeschluss zur IKT-Richtlinie Technik für den Unterricht
- 7.3. Aktueller Stand Unterrichtsorganisation Gemeinschaftsschule Kastanienallee
- 7.4. Anmeldezahlen weiterführende Schulen 2018/19 - Abschluss
- 7.5. Bericht zur Bildungssituation von Einwohner_innen mit Migrationshintergrund 2018
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu Aktuelle Stunde "Situation an der Gemeinschaftsschule Kastanienallee"

Es wurde das Rederecht für Frau Neumann, Frau Worm und Frau Lucka genehmigt.

Frau Neumann sagte, dass die derzeitige Unterrichtsversorgung bei 91,8 % liegt und 2,5 Lehrer fehlen, um 100 % Unterricht abzudecken. Dafür wurden jetzt Stellen ausgeschrieben, für die bereits insgesamt vier Bewerbungen vorliegen. Ein weiterer Plan ist die Einführung des produktiven Lernens. Für die Einführung wird Technik benötigt, die in Höhe von 12.000 Euro durch Landesmittel gefördert wird.

Frau Lucka sagte, dass die Gemeinschaftsschule Kastanienallee eine besondere Bildungsstruktur aufweist. Es gibt SchülerInnen aus sozial schwachen Familien, Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten, Analphabeten und Migranten. Es werden Vorbereitungsklassen gebildet, in denen die Migranten vermehrt Deutsch und vereinfachten Fachunterricht erhalten, um langsam an die Regelklassen herangeführt zu werden. Dabei sollen die Regelklassen entlastet werden, um Ihren Unterrichtsstoff in der vorgegebenen Zeit zu schaffen und vermehrt sehr gute Schüler zu fördern.

Frau Lucka machte deutlich, dass die räumlichen Grenzen nun erreicht sind und ein Multifunktionsgebäude benötigt wird. Des Weiteren bedarf es einer zweiten Sozialarbeiterstelle und mehr pädagogische Hilfskräfte. Das Ziel ist, dass alle SchülerInnen zu einem Abschluss geführt werden können, so **Frau Lucka**.

Frau Worm sagte, dass der Migrationsanteil an der Schule 70 % beträgt und eine sofortige Integration nicht funktioniert. Sie erklärte, dass in den Vorbereitungsklassen ca. 24 SchülerInnen unterrichtet werden, davon gibt es im Deutschunterricht kleine Gruppen von 12 Schülern. In der Planung sollen die SchülerInnen nach einem Jahr zurück in die Regelklassen. In der 8. Klasse ist in Planung, das produktive Lernen mit Migranten einzuführen. In diesem System können die SchülerInnen auf eine Ausbildung vorbereitet werden, aber auch gleichzeitig die deutsche Sprache erlernen. Die größte Herausforderung dabei wird sein, ausreichend Praktikumsplätze zu finden.

Herr Scherer fragte, wie die Schüler für das produktive Lernen motiviert werden. Er fragte welchen, Altersunterschied es in den Klassen gibt.

Herr Schachtschneider fragte, ob es noch etwas gibt, das die StadträtInnen für die Schule bewirken können.

Herr Schiedung fragte, wie viele Schüler das produktive Lernen durchführen sollen. Auf welcher rechtlichen Grundlage basieren die Vorbereitungsklassen. Er fragte, ob die Sprachklassen durch Vorbereitungsklassen ersetzt wurden. Ist der Schulabschluss durch mangelnde Deutschkenntnisse gefährdet und gibt es dafür eine spezielle Prüfungsvorbereitung. Herr Schiedung wollte wissen, wie viele Analphabeten an der Schule sind und wie mit diesen umgegangen wird.

Frau Seidel-Jähni fragte, wie stark Bildungsbrüche bei den SchülerInnen vorhanden sind.

Frau Brederlow fragte, wie die Ablehnung von zwei Sozialarbeitern begründet wurde. Für welche Aufgaben werden die pädagogischen Mitarbeiter benötigt. Frau Brederlow fragte, ob die Lehrer durch ein Gesundheitsmanagement unterstützt werden und ob die Stelle der Schulleitung besetzt wurde.

Herr Rumpold fragte, warum es schwer ist Praktikumsplätze zu finden. Sind die ausgeschriebenen Stellen, wenn sie besetzt wurden, ausreichend.

Herr Slowig sagte, dass Anreize geschaffen werden sollten, um guten Personal zu finden.

Herr Meerheim sagte, dass der Bildungsminister darauf verwiesen hat, dass nach dem neuen Schulgesetz eine Umverteilung von Schülern bei einem besonders hohen Anteil von Migrationskindern möglich ist. Er fragte, ob es da bereits ein Konzept gibt?

Frau Worm antwortete, dass es in jeder Klassenstufe Unterschiede von zwei bis drei Jahren gibt. Die Motivation für das produktive Lernen ist schwierig einzuschätzen, da hier etwas neues ausprobiert werden soll. Die älteren SchülerInnen, die erst ein bis zwei Jahre in Deutschland sind, haben kaum eine Chance auf einen Schulabschluss. Es gibt für die Dauer des Verbleibs in den Vorbereitungsklassen keine Erfahrungswerte, dies wird sich erst zukünftig zeigen. **Frau Worm** sagte, dass die Vorbereitungsklassen die Sprachklassen ersetzen. Es gibt keine spezielle Prüfungsvorbereitung, dies kann nur als zusätzliche Hilfe über Bildung und Teilhabe beantragt werden. Darüber hinaus helfen Studenten dabei sehr viel.

Sie erklärte, dass es an der Schule eine Analphabetenklasse gibt, die mit Grundschulmaterial unterrichtet wurde und nach einem Jahr in eine Vorbereitungsklasse konnte. Die Bildungsbrüche sind sehr unterschiedlich, es gibt SchülerInnen, die drei Jahre nicht mehr in einer Schule, sondern arbeiteten. **Frau Worm** beantwortete weiter, dass es kaum Betriebe gibt, die SchülerInnen wollen, die schlecht oder kaum Deutsch sprechen.

Frau Neumann sagte, dass über das ESF keine weiteren Sozialarbeiter beantragt werden können. Sie sagte, dass 20 Schüler eine Fahrkarte für den Weg in die Praktikumsbetriebe benötigen, insgesamt über drei Jahrgänge zwischen 40 und 60.

Als Nachteilsausgleich ist es zulässig dass in Willkommensklassen und in der Abschlussprüfung MigrantInnen ein Wörterbuch ihrer Muttersprache benutzen dürfen. Zur Lehrerbetreuungen gibt es lediglich das Mittel der Supervision. Bezüglich der Praktika ist geplant, an die Kammern heranzutreten. Frau Neumann sagte, dass die Stelle der Schulleitung in den nächsten zwei Monaten besetzt wird.

Frau Brederlow sagte, dass es Gespräche mit Stadtverwaltung und Bildungsministerium geben wird.

Frau Ranft beendete die Aktuelle Stunde.

zu 3 Bestätigung der Niederschrift vom 05.06.2018

Es gab keine Änderungswünsche und **Frau Ranft** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

zu 4 Beschlussvorlagen

Beschlussvorlagen lagen nicht vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der SPD-Fraktion zur Schaffung eines Inklusionsbudgets für
Schulen und Kindertagesstätten
Vorlage: VI/2018/04067**

Herr Schiedung brachte den Antrag ein.

Herr Schachtschneider fragte, was dies kostet und sagte, dass dazu eine Prioritätenliste benötigt wird. Stück für Stück sollten die Schulen mit Hilfsmitteln ausgestattet werden.

Frau Brederlow sagte, dass geprüft werden muss, was über andere Reha Träger geleistet werden kann. Für den Kita Bereich spielt dies keine Rolle, da die Stadt gesetzlich verpflichtet ist, bei bestimmten Bedarfen zu unterstützen.

Herr Scherer fragte, wie die Ausgaben bei kurzfristig umzusetzender Barrierefreiheit verbucht werden.

Frau Dr. Radig sagte, dass bei Herstellung einer rollstuhlgerechten Barrierefreiheit, oft fast die Sanierung einer Schule notwendig ist und ein kleines Budget nicht ausreichend ist. Kleinere Unterstützungen im Bereich Unterrichtsmaterialien und Lehrmittel sind über Schulausstattung bereitzustellen, dies ist von Kind zu Kind sehr unterschiedlich.

Herr Schiedung fragte, wie ein Blindenleitsystem realisiert werden könnte, welches in den Baubereich fällt.

Herr Ruffert sagte, dass bei jedem Vorhaben über die Checkliste die Barrierefreiheit dargestellt wird. Die Checkliste wird ebenso gerade aktualisiert. Die Umsetzung am Baukörper ist schwierig herausgelöst zu betrachten, da die Barrierefreiheit bereits auf dem Schulgelände beginnt.

Herr Rumpold sagte, dass es aber hier um kleine Hilfen geht, die nicht durch die Krankenkasse übernommen werden.

Herr Senger sagte, dass für Menschen mit Sehbehinderungen bei Sanierungen bisher sehr wenig getan wurde.

Herr Slowig sagte, dass es gut und wichtig ist, dass ein Sehbehinderter nicht die Schule wechseln muss, nur weil ihm ein bestimmtes Hilfsmittel fehlt. Es ist jedoch schwer Gerechtigkeit walten zu lassen.

Herr Schachtschneider sagte, dass bei solchen Leitsystemen der Baukörper angefasst werden muss und somit die Maßnahmen teurer sind als bisher besprochen.

Herr Senger sagte, dass man bereits viel ohne großen Aufwand erreichen kann. Blindenschrift kann als Sticker an Türen geklebt werden. Akustikschleifen gibt es ebenso bereits mobil. Die gekauften Hilfsmittel sollten dann variabel an verschiedenen Schulen eingesetzt werden können.

Frau Seidel-Jähni sagte, dass mit dem Budget eine schnellere Reaktion möglich sein soll.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Ranft** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Für individuelle erforderliche Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit in Schulgebäuden und Kindertagesstätten (ohne Förderschwerpunkt), ist für das Haushaltsjahr 2019 ein zusätzlicher Titel im Haushaltsplan einzurichten.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen angemessenen finanziellen Rahmen für die notwendige Höhe dieser individuell einsetzbaren Mittel festzulegen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Systematik zu erarbeiten, nach der die finanziellen Mittel für die individuelle Barrierefreiheit an Schulen und Kindertagesstätten vergeben werden
Folgende Aspekte sind dabei zu berücksichtigen
 - a. Ablauf des Antrags- und Prüfverfahrens für das jeweilige Haushaltsjahr
 - b. die Art der jeweiligen Maßnahme zur Schaffung von Barrierefreiheit (festinstallierte oder bewegliche bzw. wiederverwendbare Installationen)
 - c. Überprüfung, ob die Installationen zur individuellen Barrierefreiheit im Einzelfall gemietet oder geleast werden können
 - d. zu erwartende Mindestnutzungsdauer einer Installation in der jeweiligen Einrichtung bei festinstallierten Hilfen
 - e. maximaler finanzieller Rahmen pro Installationsmaßnahme
4. Im Haushaltsplan soll gewährleistet werden, dass gegen Ende des Haushaltsjahres nicht verwendete Mittel für niederschwellige Schulinvestitionen und investitionsplanrelevante Herrichtungen von Schulhöfen verwendet werden
5. Über die beabsichtigte Verwendung der bis dahin nicht verwendeten Haushaltsmittel (Beschlusspunkt 3) ist der Stadtrat in der Septembersitzung des jeweils laufenden Haushaltsjahres zu informieren.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es liegen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **Information zur IKT-Förderung**

Die Mitteilung ist im Session hinterlegt.

zu 7.4 **Anmeldezahlen weiterführende Schulen 2018/19 - Abschluss**

Die Mitteilung ist im Session hinterlegt.

Frau Ranft fragte, ob es Klageverfahren gab und wie diese ausgegangen sind.

Frau Dr. Radig sagte, dass es zwei Klageverfahren gab, bei einem hat die Stadt gewonnen und bei dem anderen hat der Kläger die Klage zurückgezogen ohne, dass man seinen Wünschen nachgekommen ist.

zu 7.5 **Bericht zur Bildungssituation von Einwohner_innen mit Migrationshintergrund 2018**

Die Mitteilung ist im Session hinterlegt.

zu 8 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

zu 8.1 **Frau Stahs zur Barrierefreiheit der Schule am Weidenplan**

Frau Stahs fragte, ob bei den Baumaßnahmen am Weidenplan ausreichende Barrierefreiheit geschaffen wurde?

Herr Ruffert antwortete, dass die entsprechenden Standardmaßnahmen zur Barrierefreiheit umgesetzt werden. Es wird einen Fahrstuhl geben und Behindertentoiletten. Er sagte, dass an der Schule am Holzplatz ein Konzept zur Barrierefreiheit vorliegt, welches vollumfänglich umgesetzt wird.

zu 8.2 **Frau Stahs zum Zentralarchiv der Berufsbildenden Schulen**

Frau Stahs fragte, ob es einen Zeitplan für den Bau eines Zentralarchivs für die Akten der Berufsbildenden Schulen gibt.

Frau Brederlow sagte, dass für das Zentralarchiv derzeit noch ein Standort gesucht wird.

zu 8.3 **Frau Stahs zur Sauberkeit an Schulen**

Frau Stahs fragte, ob es Feedback System zur Sauberkeit an den Schulen gibt?

Frau Brederlow antwortete, dass derzeit keine Beschwerden vorliegen.

zu 8.4 **Frau Stahs zur Mülltrennung an Schulen**

Frau Stahs fragte, ob über die Einführung von Mülltrennung an Schulen nachgedacht werden kann.

zu 8.5 **Frau Stahs zur Einführung von Händedesinfektion an Schulen**

Frau Stahs fragte, wie teuer die Einführung von Händedesinfektion an Schulen ist.

zu 8.6 **Frau Dr. Wünscher zu den Schülerfahrkarten**

Frau Dr Wünscher fragte, wie es sein kann, dass die benötigten Schülerfahrkarten für die Kastanienallee nicht vorhanden sind.

Herr Kneissl gab die Information, dass die Eltern in Vorleistung gehen müssen und die Erstattung bis zu drei Monaten dauern kann.

Frau Dr. Radig antwortete, dass das produktive Lernen jetzt erst an den Start geht und das Problem über Praktikumskarten oder über die Schülerzeitkarten lösbar sein sollte.

zu 8.7 **Herr Senger zur Schülerbeförderung**

Herr Senger fragte, warum bei der Ausschreibung des Schülertransports für Behinderte Schüler, die Rotation der Fahrer nicht ausgeschlossen wird. Er fragte weiter, warum als spätester Ablieferungszeitraum der Unterrichtsbeginn genannt ist und manche Schüler sich zwei Stunden im Auto aufhalten. Wie ist es möglich, dass die Autos nicht für Rollstühle ausgelegt sind. Er fragte weiter, ob der IST Zustand der KfZ vor der Vergabe geprüft wird.

Herr Senger sagte, dass manche Kinder vergessen werden und andere aufgrund spezieller Krankheiten nicht mitgenommen werden, da die Fahrer nicht entsprechend ausgebildet sind.

Frau Dr. Radig sagte, dass zwei neue Unternehmen die Beförderung übernommen haben. Die Anfangsschwierigkeiten waren sehr groß und es liegen einige Elternbeschwerden vor. Frau Dr. Radig antwortete, dass die Verweildauer im Fahrzeug auf eine Stunde begrenzt ist. Das Rotationsprinzip wurde bisher nicht verboten, da dies bisher nicht bemängelt wurde. Qualifizierte Fahrer zu finden ist sehr schwierig und aus diesem Grund haben die Fahrer meistens keine spezielle Weiterbildung. Dazu laufen bereits Gespräche mit Schulen und Eltern, die Beschwerden geäußert haben. Für die nächste Ausschreibung werden bestimmte Dinge neu beachtet. Technische Voraussetzungen der Autos sind in der Ausschreibung enthalten und sind vergaberelevant.

zu 8.8 Herr Schiedung zum Gesundheitsmanagement während der Hitzewelle

Herr Schiedung fragte, ob während der starken Hitze Maßnahmen für MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung ergriffen wurden, um Linderung zu schaffen. Ist zukünftig geplant Schulsekretariate durch Rollos vor direkter Sonneneinstrahlung zu schützen.

Frau Brederlow antwortete, dass das möglichste getan wird, bezüglich dem Blendschutz aber darüber hinaus ist nichts vorgesehen.

zu 8.9 Herr Schiedung zur Grundschule Ludwigsfeld

Herr Schiedung fragte, wann für die Grundschule Am Ludwigsfeld ein neuer Begehungstermin geplant ist.

zu 8.10 Herr Schiedung zu Spielgeräten auf dem Schulhof der Grundschule Südstadt

Herr Schiedung fragte, ob es die Möglichkeit gibt, auf dem Schulhof der Grundschule Südstadt, Spielgeräte aufzustellen, die während der Sanierung abgebaut werden und später wieder verwendet werden.

Frau Brederlow antwortete, dass über das Investitionsprogramm hinaus nichts möglich ist.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Frau Ranft zu Auswärtssitzungen

Frau Ranft sagte, dass, nur wenn im Protokoll der Wunsch einer Auswärtssitzung vermerkt ist, diese nach Absprache mit der Verwaltung durchgeführt werden kann.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Ranft** beendete die Sitzung.

Melanie Ranft
Ausschussvorsitzende

Jenny Falke
stellv. Protokollführerin